



Abschlussdokumentation zur Dialogreihe NRW.Dialog.Benelux im Rahmen des Beneluxjahr.NRW 2019



Essen, 15.11.2019

Inhalt

NRW.Dialog.Benelux – Hintergrund & Ziele.....	2
Politik.....	3
Handlungsempfehlungen.....	5
Gesellschaft	5
Handlungsempfehlungen.....	7
Wirtschaft	7
Handlungsempfehlungen.....	8
Europa.....	8
Handlungsempfehlungen.....	10
Mögliche Projekte.....	11
Jugendarbeit und Sprachenförderung	11
Grenzüberschreitende Mobilität.....	13
Grenzüberschreitende Nutzung neuer Technologien	13
Grenzüberschreitende Verwaltungszusammenarbeit und Partizipation	14
Grenzüberschreitende Öffentlichkeitsarbeit und Nutzung von Medien	15

NRW.Dialog.Benelux – Hintergrund & Ziele

Der 09. Dezember 2018 markierte das zehnjährige Jubiläum der Unterzeichnung der Absichtserklärung der Ministerpräsidenten der Niederlande, Belgiens, Luxemburgs und Nordrhein-Westfalens zur engeren Zusammenarbeit im Rahmen der Benelux-Union. Dies nahm die nordrhein-westfälische Landesregierung zum Anlass, um das erste Beneluxjahr der Landesgeschichte, das „Beneluxjahr.NRW 2019“, durchzuführen. Die Beziehungen zum Benelux-Raum werden im Koalitionsvertrag 2017 in besonderer Weise erwähnt. Eine Vielzahl von Aktivitäten zwischen Nordrhein-Westfalen und seinen Nachbarn heben die Zusammenarbeit in der Region hervor. Das Beneluxjahr.NRW 2019 soll diese fördern, weiterentwickeln und die Menschen für die Themen begeistern sowie mitnehmen. Zu den wichtigen Elementen des Beneluxjahres zählt eine aus Mitteln des Programms Open.NRW finanzierte Bürgerbeteiligungsreihe, der „NRW.Dialog.BENELUX“. Ziel war es, Bürgerinnen und Bürger entlang des Beteiligungsprozesses NRW.Dialog.BENELUX in vier regionalen Dialogveranstaltungen in Aachen (29. Juni 2019), Münster (31. August 2019), Krefeld (14. September 2019) und Paderborn (28. September 2019) zu motivieren, sich mit der Thematik grenzüberschreitender und Benelux-Zusammenarbeit auseinanderzusetzen. Aus ihrer Perspektive sollten Ideen für die Stärkung der grenzüberschreitenden, sowie der bi- und trilateralen Zusammenarbeit entwickelt werden. Eine gemeinsame Abschlussveranstaltung am 15. November in Essen führte die Vorschläge unter Bewertung von rund 70 Teilnehmenden zusammen.

Im Sinne der Prinzipien eines offenen Regierungshandelns („Open Government“) des Programms Open.NRW wurde mit der Dialogreihe ein barrierearmes und beteiligungsorientiertes Veranstaltungsformat entwickelt. Die Teilnahme an den regionalen Veranstaltungen stand ausdrücklich für jedermann offen; die Einladungen erfolgten breit in allen Teilen des Landes. Somit sollte die Zusammenarbeit zwischen einer Vielzahl von Akteuren – Einzelpersonen, Vereinen, Institutionen, Unternehmen usw. – befördert und vertieft werden. Darüber hinaus wurden bestehende und neue Akteure innerhalb von NRW und den Nachbarländern stärker vernetzt und neue Kooperationen ermöglicht, bestehende Aktivitäten wurden sichtbar und die Beneluxzusammenarbeit bekannter gemacht. Wichtigstes Ziel war es, Vorschläge für die künftige Beneluxzusammenarbeit zu sammeln, aufzubereiten und der Landesregierung für eine mögliche Berücksichtigung im Regierungshandeln zu übergeben. Die in den regionalen Dialogveranstaltungen gesammelten und in der Abschlussveranstaltung bearbeiteten Vorschläge werden in dieser Dokumentation übergeben.

Während der vier Dialogveranstaltungen diskutierten rund 250 Teilnehmende aus ganz NRW die folgenden Leitfragen:

Dialog.jetzt: Bei welchen Themen ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit Benelux für NRW besonders sinnvoll und wichtig? In welchen Bereichen sehen Sie Potential?

Dialog.starten: Wie erleben Bürgerinnen und Bürger die grenzüberschreitende Zusammenarbeit? Was für Schwierigkeiten, welche Hürden gibt es bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit?

Dialog.gestalten: Was sind positive Beispiele innerhalb der Handlungsfelder? Warum funktioniert die grenzüberschreitende Zusammenarbeit hier besonders gut?

Dialog.umsetzen: Wo sehen Sie den größten Handlungsbedarf? Mit welchem konkreten Projekt oder welcher Maßnahme würden Sie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiter verbessern?

Die Leitfragen wurden entlang der Bereiche Politik, Gesellschaft, Wirtschaft und Europa diskutiert. Zusätzlich hatten die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit unter „Sonstiges“ weitere für sie wichtige Themen miteinzubringen.

Politik

Die Bürgerinnen und Bürger identifizierten die Schaffung einer europäischen Identität als wichtigen Punkt, dem sich die Politik annehmen sollte. Die Begegnungskultur müsse wieder in das Leben und in das Bewusstsein der Menschen zurückgebracht werden, um den humanistischen Gedanken neu zu beleben. Die grenzüberschreitende Begegnung von Bürgerinnen und Bürgern sei proaktiv zu fördern. Möglichkeiten lägen hier in der Ausrichtung gemeinsamer kultureller Veranstaltungen und Austauschprogrammen von Menschen aller Altersgruppen. Dadurch könnten alte Freundschaften wiederbelebt und neue Partnerschaften ins Leben gerufen werden. Die Einbindung der Zivilgesellschaft sahen die Bürgerinnen und Bürger als unumgänglich zur Umsetzung dieses Vorhabens.

Nach Meinung der Bürgerinnen und Bürger bestehe ebenso im Bereich Bildung großes Potential zur Verbesserung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit. Die Politik sei gefordert, durch die Anerkennung von Bildungs- und Berufsabschlüssen, die Menschen in ihrer Freizügigkeit zu unterstützen und somit einen hohen Mehrwert für die Absolventinnen und Absolventen und Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den benachbarten Ländern und den Grenzregionen zu schaffen. Die Einführung von dualen, oder Bi-Diplomen als NRW-spezifische Qualifikation könnte Fachkräften besondere Chancen auf den Arbeitsmärkten verschaffen, ebenso wie die grenzüberschreitende Arbeitsvermittlung. Darüber hinaus würden sich diese Maßnahmen positiv auf die Freizügigkeit von Fachkräften in den Grenzregionen auswirken. Ebenso diskutierten die Bürgerinnen und Bürger die Notwendigkeit der frühen Sprachförderung ab dem Kleinkindalter. Allen voran müssten mehr Lehrkräfte mit niederländischen Sprachkenntnissen ausgebildet werden um Kinder und Jugendliche flächendeckend beschulen zu können. Darauf aufbauend sollten Schülerinnen- und Schüleraustauschprogramme, sowie die Durchführung von Praktika in den Grenzregionen forciert werden. Hierzu sei auch die Zusammenarbeit der Unternehmen über die Grenzen hinweg gefordert. Um diese erfolgreich umsetzen zu können, sollte organisatorische Unterstützung angeboten werden, einhergehend mit der unkomplizierten Beantragung von Fördermitteln.

Als Hürden in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit identifizierten die Bürgerinnen und Bürger asymmetrische Verwaltungsstrukturen und fehlende Möglichkeiten der Ansprache zwischen niederländischen und deutschen Behörden. Eine Empfehlung lag in der konkreten Benennung von

Ansprechpartnern und der Zuordnung von Verantwortlichkeiten. Die bürokratischen Hürden und Unterschiede sollten abgebaut werden. Ein gemeinsamer Rechtsrahmen könnte zur Förderung der Zusammenarbeit führen und zu einer besseren und einheitlichen Kommunikation in die jeweiligen Nachbarländer. Dadurch ergäbe sich eine bessere Vernetzung von Kooperationen innerhalb und zwischen den Verwaltungen, Hochschulen, Unternehmen und Betrieben. Zusätzlich sei das Verwaltungswissen insbesondere bei grenzübergreifenden Fragestellungen zu wenig europäisch orientiert, was durch die Stärkung der gemeinsamen Verwaltungszusammenarbeit gefördert werden könnte. Auch sei die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Gesellschaft zu wenig bekannt. Eine Flexibilisierung allen voran bei Anfragen durch Bürgerinnen und Bürger sei ebenfalls dringend notwendig, bisher seien die Zuständigkeiten für die Menschen nicht klar erkennbar und zu kleinteilig. Unterstützend wirke hier auch eine schnelle und transparente Kommunikation zwischen den Verwaltungen, die durch die Möglichkeiten der Digitalisierung schnell umgesetzt werden könnte. Insbesondere bei Fragen rund um das Gesundheits- und Sozialversicherungswesen sollte ein Datenaustausch ermöglicht werden. Hierfür könnten Anpassungen der nationalen Gesetzgebungen und die Harmonisierung von Rechtsvorschriften ins Auge gefasst werden. Zusätzlich sollte die Euregio-Struktur stärker dezentralisiert werden, um mehr Ansprechpartnerinnen und -partner für die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger zur Verfügung zu stellen. Gute Beispiele seien Austauschprojekte der Verwaltungen mit Duo-Partnern.

Die Verkehrsinfrastruktur des öffentlichen Nahverkehrs bedürfe ebenfalls einer Neuerung, um die Mobilität der Menschen nicht einzuschränken. Bisher seien noch zu viele Autos auf den Straßen der Grenzregionen unterwegs, da ein diversifiziertes Tarifsystem und unterschiedliche Bezahlssysteme die Nutzung des ÖPNV erschwerten. Der Flughafen Münster/Osnabrück könne durch eine optimale Anbindung an die Niederlande zum Euregio-Flughafen umgewandelt werden.

Auch wenn es auf politischer Ebene nach Einschätzung der Bürgerinnen und Bürger noch starken Handlungsbedarf hinsichtlich der Verwaltung und divergierenden Strukturen gibt, so wird die grenzüberschreitende polizeiliche Zusammenarbeit, sowie die der Feuerwehren und des Katastrophenschutzes als besonders positiv gesehen. Ebenso gilt die Arbeit der Euregios als besonders wichtig und sollten deshalb bekannter gemacht werden. Eine Ergänzung hierzu könnte die Einrichtung von Europabüros darstellen, um Themen schneller und wirksamer in die Gesellschaft zu tragen und als Anlaufstelle für Fragestellungen zur Grenzregion und zu grenzüberschreitender Zusammenarbeit in Europa.

Handlungsempfehlungen

Die Bürgerinnen und Bürger empfehlen:

- Die Schaffung einer europäischen Identität durch die gemeinsame Ausrichtung kultureller Veranstaltungen.
- Vereinfachte Anerkennung von Berufs- und Bildungsabschlüssen.
- Einführung von dualen Studiengängen, die einen speziellen Fokus auf die Grenzregionen haben.
- Fokus auf Ausbildung von Lehrkräften der niederländischen Sprache.
- Sprachförderung der grenznahen Sprachen ab dem Kleinkindalter.
- Verstetigung und finanzielle Förderung von Austauschprogrammen für Schülerinnen und Schüler, sowie grenzüberschreitende Praktika.
- Abbau asymmetrischer Verwaltungsstrukturen, klare Benennung von Verantwortungsbereichen und Ansprechpartnern.
- Schaffung eines gemeinsamen Verwaltungsrechtsrahmens in den Grenzregionen.
- Vorantreiben der Digitalisierung in der Verwaltung.
- Anpassung nationaler Gesetzgebung in Bezug auf Datenaustausch innerhalb des Gesundheits- und Sozialwesens in den Grenzregionen.
- Dezentralisierung der Euregio-Struktur, um Bürgerinnen und Bürgern mehr Ansprechpartner*innen zur Verfügung zu stellen.
- Ergänzung der Euregios um Europabüros als Anlaufstelle für Bürgerinnen und Bürger in Europafragen außerhalb der Euregios.
- Vereinheitlichung / Harmonisierung des öffentlichen Personennahverkehrs, um niederschwelliges Nutzungsangebot zu ermöglichen.

Gesellschaft

Die Bürgerinnen und Bürger sprachen über ihre persönlichen Erfahrungen in Bezug auf die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und wie sie diese täglich erleben. Als positiv identifizieren sie das „grenzenlose“ Reisen und das mehrsprachige kulturelle Angebot, sowie die unterschiedlichen Kulturen. Wichtig sei es Vorurteile und Stereotypen untereinander abzubauen und das Gefühl einer gemeinsamen Gesellschaft zu fördern. Möglichkeiten hierfür böten das gemeinsame Erleben von Geschichte, beispielsweise durch die gegenseitige Teilnahme an Gedenktagen, oder gemeinsamer Angebote im Hinblick auf das Erleben von Regionalgeschichte. Dies würde zusätzlich gemeinsame Erlebnisse und den Austausch über die Grenzregionen hinaus zwischen den Ländern fördern. Leider würden insbesondere internationale Projekte oftmals Budgetkürzungen zum Opfer fallen. Eine Fortführung der Aktivitäten des Beneluxjahres benannten die Bürgerinnen und Bürger als guten Hebel, um bestehende Aktivitäten weiterzuführen und geplanten einen guten Rahmen zu geben. Die

Schaffung eines gemeinsamen Bildes der Region könnte durch stärkere Partizipation und partizipative Formate vorangetrieben werden. Dadurch entstünde ein Zusammengehörigkeitsgefühl.

Als Mangel empfinden die Bürgerinnen und Bürger den interkulturellen Wissensrückgang, insbesondere in historisch geprägten Fragestellungen. Wissen um die Beneluxregion müsse stärker in die Gesellschaft hinein und in die Breite getragen werden. Zur nachhaltigen Umsetzung brauche es aktive und proaktive Städtepartnerschaften und die kontinuierliche Verstetigung von Austauschangeboten. Eine proaktive Kommunikation und Werbung auf beiden Seiten für Kulturveranstaltungen, oder bevorstehende Austauschprogrammmöglichkeiten, würde die Aufmerksamkeit auf diese Bereiche gegenseitig erhöhen.

Zusätzlich sollten die Möglichkeiten der Nutzung digitaler Medien mitgedacht werden. Diese müssten in den Grenzregionen und darüber hinaus stärker von einer gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit und Mehrsprachigkeit geprägt sein. Grenzübergreifende Berichterstattung sei von Nöten, um die Menschen auf allen Seiten gut informiert und interessiert zu halten. Bestehende Journalistinnen- und Journalistenaustauschprogramme sollten ausgeweitet und vertieft werden. Zur barrierefreien Nutzung mehrsprachiger Medien sei darüber hinaus das (lebenslange) Erlernen der Nachbarsprachen ein wichtiger Bestandteil. Dies sollte bereits im Kindesalter beginnen und auch bis ins hohe Alter durch Angebote für Seniorinnen und Senioren unterstützt werden.

Angebote von grenzüberschreitenden gesellschaftlichen Plattformen sollten stärker publik gemacht werden, sowie die Umsetzung gemeinsamer Aktionstage, um das gegenseitige Kennenlernen zu fördern. Ein positives Beispiel hierfür sei der in der Vergangenheit stattgefunden Hollandtag in Düsseldorf. Dieser schuf eine breite Sichtbarkeit und könnte als Vorbild für weitere Veranstaltungen dienen. Die Verstetigung des Beneluxjahres in dauerhafte Einrichtungen, wie Netzwerk- und Koordinationsstellen, sei eine Möglichkeit, um Akteure und Aktivitäten zusammenzubringen und sichtbar zu machen, die genauer betrachtet werden sollte. Ebenso könnte das Deutsch-Französische Jugendwerk „ProTandem“ als Vorbild für eine Schaffung eines Deutschland-Benelux Jugendwerks dienen.

Zusätzlich sollten die Entwicklungsmöglichkeiten im Alltag der Bürgerinnen und Bürger aufgezeigt, praktisch erfahrbar gemacht und als Bereicherung formuliert werden. Hier könnten frühzeitige Beratungsangebote bei Wohnungs- oder Arbeitsplatzwechsel eine Hilfestellung bieten. Zusätzlich sei es wichtig den kulturellen Austausch aufrecht zu erhalten und durch weitere Kulturaustauschprojekte zu stärken. Dies würde dazu beitragen Aufmerksamkeit zu schaffen und die Nachbarländer interessanter zu machen. Um die Erfahrbarkeit praktisch voranzutreiben, schlagen die Bürgerinnen und Bürger, die Vereinheitlichung des öffentlichen Personennahverkehrs vor. Der Ausbau und die Vereinheitlichung von Schienennetzen vereinfachten zum einen das Pendeln bei

grenzüberschreitender Berufstätigkeit und böten zusätzlich ein niederschwelliges Angebot zu Ausflügen und Reisen in die benachbarten Länder.

Handlungsempfehlungen

Die Bürgerinnen und Bürger empfehlen:

- Gegenseitige Teilnahme der Landesregierungen und der Bürgerinnen und Bürger an Gedenktagen und kulturellen Veranstaltungen zur Förderung eines Gemeinschaftsgefühls in den Bevölkerungen.
- Verstetigung von finanzieller Förderung von internationalen grenznahen (Kultur-)Projekten.
- Fortführung und Verstetigung der Aktivitäten des Beneluxjahres.
- Umsetzung von aktiven Städtepartnerschaften.
- Einführung einer gemeinsamen und mehrsprachigen Öffentlichkeitsarbeit.
- Ausweitung und Verstetigung von Austauschprogrammen für Journalistinnen und Journalisten zur Förderung der grenzüberschreitenden Berichterstattung.
- Umsetzung eines Deutschland-Benelux Jugendwerks.
- Mehr Angebote zum lebenslangen (Er-)Lernen der Nachbarsprachen.
- Etablierung der Fahrradkultur als Nahmobilitätskultur wie in den Niederlanden.

Wirtschaft

Als positiv werten die Bürgerinnen und Bürger den freien Warenverkehr und die gemeinsame Währung innerhalb Europas. In Bezug auf die Wirtschaft sehen die Bürgerinnen und Bürger jedoch große Hürden im Bereich der Anerkennung von Berufsqualifikationsabschlüssen. Kulturelle Unterschiede in der Arbeitsweise und fehlende Sprachkenntnisse erschweren die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Unternehmen. Hierzu brauche es eine Harmonisierung und Standardisierung. Die wirtschaftlichen Potentiale lägen in der Etablierung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes. Es sollte ein Fokus auf gemeinsame Ausbildungen und Austauschprogramme für Auszubildende gelegt werden. Insbesondere die Handwerksbereiche sollten stärker vernetzt werden. Doppelabschlüsse sollten zudem einen Anreiz für Schulabsolventen geben sich für Handwerksberufe zu interessieren. Gemeinsam könnte so dem Fachkräftemangel entgegengewirkt werden. Unternehmenskooperationen würden im weiteren Sinne das Bewusstsein für die grenznahen Märkte liefern und den Fachkräfteaustausch vereinfachen. Chancen für eine gemeinsame Positionierung von kleinen und mittelständischen Unternehmen in der Region auf dem internationalen Markt wären durch das Vorantreiben der Digitalisierung möglich.

Für eine erfolgreiche Umsetzung sollte der Technologieaustausch in den Blick genommen werden. Bereiche wie Informationstechnologien, Smart Industries, sowie künstliche Intelligenz, Robotics und

Bioökonomie hätten ein großes Potenzial für Vernetzung von Unternehmen und die Förderung von technologischen Kompetenzzentren. Eine engere Wirtschaftszusammenarbeit wäre zusätzlich eine Chance zu einer Vorreiterrolle in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit als Wirtschaftsregion. Zur einfachen Umsetzung sei es auch wichtig, das ÖPNV-Netz und Angebot in der Region zu vereinheitlichen, um jetzigen und zukünftigen Grenzpendlern Erleichterung zu verschaffen.

Zusätzlich sehen die Bürgerinnen und Bürger Chancen für die Wirtschaft im Ausbau eines gemeinsamen Tourismusangebotes, welches ebenfalls eines einheitlichen ÖPNV-Netzes bedürfe. Als konkrete Idee nannte man die Umsetzung eines Leckereienwegs angelehnt an die Angebote der Deutschen Weinstraße. Vorteil seien hier die Angebote aus drei Ländern und die hohe Lebensqualität, die als touristisches Angebot stärker in den Vordergrund rücken sollte.

Handlungsempfehlungen

Die Bürgerinnen und Bürger empfehlen:

- Etablierung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes und Positionierung als eine Wirtschaftsregion.
- Harmonisierung und Standardisierung zur Anerkennung von berufsqualifizierenden Abschlüssen.
- Implementierung gemeinsamer Berufsausbildungsprogramme.
- Implementierung von dualen Ausbildungsabschlüssen in den Handwerksberufen, um Attraktivität zu erhöhen.
- *Fokus auch auf grenzüberschreitende Fähigkeiten von Unternehmen und Handwerksbetrieben.*
- Förderung der Vernetzung von Unternehmen und Hochschulen im Bereich neue Technologien.
- Ausbau eines gemeinsamen Tourismusangebotes, um Region als Ganzes zu positionieren.
- *Finanzierung von berufsqualifizierenden Sprachkursen durch Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber.*

Europa

Um die Hürden innerhalb des Themas Europa und in der Gesellschaft abzubauen sehen die Bürgerinnen und Bürger die Umsetzung transnationaler Listen bei Europawahlen. Allen voran in den Grenzregionen gäbe es Interessensüberschneidungen und die Kandidatinnen und Kandidaten sollten über die Grenzen hinweg bekannt sein. Benelux und NRW könnten zur „Klammer“ für Europa werden und hier gemeinsam als gutes Beispiel vorangehen.

Die Potenziale in Europa sehen die Bürgerinnen und Bürger allen voran in der Haltung und dem Bewusstsein, dass der europäische Gedanke nachhaltiger gestärkt werden müsse. Ferner in den Vorteilen, die sich für das Bundesland daraus ergeben. Der Frieden an allen Grenzen und die Eindämmung von Diskriminierung müsse von der Politik stärker in der politischen Kommunikation verankert werden, auch um ein Zusammenwachsen der europäischen Völker zu fördern. Möglichkeiten für die Stärkung, sehen die Bürgerinnen und Bürger in der gesteigerten Förderung und Umsetzung der Begegnung. Dies könne ebenfalls das gegenseitige Vertrauen und ein gegenseitiges Verständnis fördern und zu einer gemeinsamen Europäischen Identität führen. Im kulturellen Austausch sei es wichtig erfolgreiche Projekte aus den Nachbarländern zu unterstützen, oder diese zu übernehmen. Eine gemeinsame Herangehensweise sei bevorzugt voranzutreiben.

Als Basis dazu sehen die Bürgerinnen und Bürger eine verstärkte Sprachausbildung im Kindes- und Jugendalter. Darüber hinaus sollten Austauschprogramme erhöht werden, um den kulturellen Austausch durch persönliche Begegnungen zu fördern. Historische und gesellschaftliche Gemeinsamkeiten sollten im Unterricht stärker herausgearbeitet werden, Schulpartnerschaften seien hierzu ein guter Anknüpfungspunkt. Die in NRW ansässigen Europaschulen beurteilten die Bürgerinnen und Bürger als positiv, jedoch müsste dieses Konzept noch stärker, insbesondere in den grenzfernen Regionen ausgeweitet werden. Mehrsprachige Lehrmaterialien, die auch online zugänglich gemacht werden sollten, könnten Lehrkräften und Schülerinnen und Schüler auf beiden Seiten die Möglichkeit geben ein gegenseitiges kulturelles Verständnis zu fördern. Zusätzlich werden engere Hochschulkooperationen als förderlich für den gegenseitigen Austausch, nicht nur auf der Ebene der Wissensvermittlung, gesehen, sondern auch, um den Austausch nach der schulischen Ausbildung nicht abreißen zu lassen. Eine Etablierung eines gemeinsamen Bildungsraumes wäre für einen gemeinsamen Wirtschaftsraum eine angebrachte Ergänzung. Die „International Offices“ an niederländischen Hochschulen wurden als vorbildlich gewertet hinsichtlich der praktischen Hilfestellung in koordinierenden und formellen Fragen über Austauschprogramme für Studierende. Dieses Modell sollte beispielhaft auch an den Hochschulen in NRW eingesetzt werden. Des Weiteren seien die Erasmus-Austauschangebote bereits eine positive Entwicklung, um Studentinnen und Studenten, Studienaufenthalte im Ausland und weitere Kulturerfahrungen zu ermöglichen.

Als weitere Faktoren in der gemeinsamen Zusammenarbeit bei der Bewältigung von Hürden sehen die Bürgerinnen und Bürger die Themen Umwelt- und Klimaschutz und die Nutzung von Atomenergie. Hier sei es wichtig, allen voran in den Grenzregionen zu Belgien gemeinsame Lösungsansätze zu definieren, inwiefern Umwelt- und Klimaschutz vorangetrieben werden kann, auch ohne Nutzung atomarer Kernenergie.

Handlungsempfehlungen

Die Bürgerinnen und Bürger empfehlen:

- Implementierung transnationaler Listen für Europawahlen und *grenzüberschreitende Wahlkreise*.
- Starke und stetige pro-europäische Kommunikation von Seiten der Landesregierung.
- Unterstützung kultureller Projekte in den Grenzregionen zur Förderung einer europäischen Identität in den Bevölkerungen.
- Ausweitung der Europaschulen insbesondere in grenzfernen Regionen.
- Gemeinsame und online zugängliche Lehrmaterialien für Kulturbildung und Geschichtsunterricht.
- *Größeres Angebot von englischsprachigen Studiengängen, Schulunterricht und Freizeitaktivitäten, um einen einfachen Einstieg in die andere Kultur zu ermöglichen.*
- *Verringerung der Bürokratie bei Antragstellung von Erasmus-Programmen.*
- Etablierung eines gemeinsamen Bildungsraumes.
- Einrichtung von International Offices an Hochschulen in NRW, die bei der Organisation von Austauschprogrammen unterstützen.
- Joint-Degree Abschlüsse sollen bekannter gemacht werden, da diese in Deutschland, den Niederlanden und Belgien anerkannt sind.
- Gemeinsame Erarbeitung von Lösungsansätzen für Herausforderungen des Klima- und Umweltschutzes.

Mögliche Projekte

In gemeinsamen Diskussionen formulierten die Teilnehmenden Projektideen, wie die grenzüberschreitende Zusammenarbeit weiter verbessert werden könnte.

Jugendarbeit und Sprachförderung

Ziel	Förderung und Stärkung des Jugendaustausches und der Jugendbeteiligung in den grenznahen Regionen
Zielgruppe	Jugendliche in NRW und den Benelux-Ländern
Umsetzung	Durch Schulpartnerschaften sollen Möglichkeiten für kulturelle und persönliche Begegnungen geschaffen werden. Die Einrichtung und Nutzung einer gemeinsamen Onlineplattform bietet die Chance gemeinsame Projekte transparent zu kommunizieren und öffentlich zu machen, wodurch neue Anreize für weitere Schulpartnerschaften geschaffen werden können.
Erfolgsfaktoren	Die Beteiligung aller Benelux-Länder und insbesondere von Schulen in den Grenzregionen. Die Umsetzung einer professionellen Koordinierungsstelle und die Bereitstellung von Fördermitteln durch das Land NRW.

Ziel	Ein/e Euregio-Beauftragte/r an jeder Schule in den Euregios in NRW
Zielgruppe	Schulen in Euregios in NRW und Kooperationspartner vor Ort
Umsetzung	Jede Schule in einer Euregio in NRW erhält durch den/die Euregio-Beauftragte/n einen direkten Ansprechpartner für grenzüberschreitende Fragen und Angelegenheiten und die Schulen werden dadurch in die Euregios eingebunden. Der/die Beauftragte leistet Unterstützung bei der Suche und der Umsetzung von Schulpartnerschaften und der Pflege von Städtepartnerschaften.
Erfolgsfaktoren	Gemeinsame Kulturprojekte der Partnerschulen und gegenseitige Unterstützung und Besuche bei Veranstaltungen. Stark besetzte Austauschprogramme von Schülerinnen und Schülern, sowie von Lehrkräften in Form von Hospitationen an den Partnerschulen.

Ziel	Europäische Bildung durch die Umsetzung von Kinder- und Jugendprogrammen
Zielgruppe	Schulen, Kinder- und Jugendinstitutionen
Umsetzung	Einsatz von Servicemitarbeiter/innen an Schulen, die sich um die Organisation und Durchführung von europäischen und internationalen Jugend-, Schülerinnen und Schülerprojekten kümmern. Diese sollten als einfache unbürokratische Unterstützung für Schulen dienen und als direkte/r Ansprechpartner/in für Schülerinnen und Schüler. Zusätzlich haben die Mitarbeiter/innen Erfahrung in der Beantragung von Fördermitteln und können dadurch die Lehrkräfte in diesen Aufgaben entlasten.
Erfolgsfaktoren	Erfolgreiche Implementierung von Europa-Teams an allen Schulen in NRW zur Förderung von vielfältigem kulturellem Austausch. Entlastung der Lehrkräfte durch Einsatz von Servicemitarbeiter/innen. Erfolgreiche Antragsstellungen und steigende Bewilligungen von Fördermitteln.

Ziel	Lebendige Mehrsprachigkeit in den Grenzregionen
Zielgruppe	Bevölkerung in den Grenzregionen
Umsetzung	Zur Förderung der Mehrsprachigkeit werden Einrichtungen mit speziellem Benelux-Sprachfokus finanziell gefördert, Sprachen der Nachbarländer werden an Grund- und weiterführenden Schulen in NRW als Wahlpflichtfach eingeführt. Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer erhalten intensive Sprachkurse, was zur Steigerung der Firmenkontakte in den Grenzregionen beiträgt und Möglichkeiten für Kooperationen schafft. Zur Anwendung der Sprachen im Alltag sollte eine mehrsprachige Beschilderung eingeführt werden. Zusätzlich erhält jede (Orts-)Verwaltung eine/n Ansprechpartner/in mit Kenntnissen der Benelux-Sprachen.
Erfolgsfaktoren	2030 sprechen 55% der grenznahen Bevölkerung die jeweilige Sprache der Nachbarländer.

Grenzüberschreitende Mobilität

Ziel	Grenzenloses und einheitliches ÖPNV-Angebot in den Grenzregionen
Zielgruppe	Schüler, Studenten, Rentner und Touristen
Umsetzung	Durch zielgruppenspezifische Angebote soll der grenznahe ÖPNV verbessert werden. Eine Vereinheitlichung der Tickettarife und eine zusätzliche Vergünstigung insbesondere für Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten sowie Rentnerinnen und Rentner sollen die Nutzung des grenzüberschreitenden ÖPNV attraktiver machen. Hinzu sollten die Chancen der Digitalisierung in Form von elektronisch aufladbaren und nutzbaren Fahrkarten sowie der Nutzung von Handy-Apps ermöglicht werden. Der Takt zwischen NRW und Belgien soll erhöht werden.
Erfolgsfaktoren	Durch erfolgreiche Verbreitung von Fahrgastinformationen wird eine steigende Nutzung des grenzüberschreitenden ÖPNVs erreicht. Daraus resultierend gäbe es 2025 eine Verringerung des grenzüberschreitenden Individualverkehrs um 40% und eine Steigerung an verkauften Fahrkarten.

Grenzüberschreitende Nutzung neuer Technologien

Ziel	Modellregion „Emissionsfreie Gesellschaft“
Zielgruppe	Universitäten, Forschung und Entwicklung, Industrie und Wirtschaft
Umsetzung	In der Grenzregion sollen durch grenzübergreifende Zusammenarbeit Lösungen zur messbaren Reduktion von Emissionen erarbeitet werden. Durch die politische Selbstverpflichtung der beteiligten Länder können weitere Stakeholder inkl. Bildungseinrichtungen für die Zusammenarbeit angeworben werden. Entlang der Erarbeitung gemeinsamer Lösungen in einem Pilotprojekt besteht insbesondere an Hochschulen und in Unternehmen die Chance zur Fachkräftequalifikation. Eine solche Herangehensweise würde zur Schaffung einer gemeinsamen Identität innerhalb der Grenzregionen beitragen und Bewusstsein für zukünftige Herausforderungen in der Gesellschaft schaffen.
Erfolgsfaktoren	Entwicklung eines messbaren Frameworks. 10% der Fahrzeuge werden emissionsfrei fahren und die Ladeinfrastruktur ist signifikant ausgebaut. Die Ziele und Maßnahmen sind in allen gesellschaftlichen Bereichen bekannt und

umsetzbar und 70% der Bevölkerung in den Grenzregionen kennen das Pilotprojekt.

Grenzüberschreitende Verwaltungszusammenarbeit und Partizipation

Ziel **Erleichterung der Verwaltungszusammenarbeit**

Zielgruppe Verwaltungsmitarbeiterinnen und Verwaltungsmitarbeiter in Kommunen, inkl. Fachbereiche, Landesbehörden (Ministerien, Bezirksregierungen, Anstalten des öffentlichen Rechts), sowie Universitäten und Schulen

Umsetzung Das bestehende grenzübergreifende Verwaltungshandeln soll transparent und kompatibel gemacht werden. Eine gemeinsame digitale Plattform ermöglicht den einfachen Austausch zwischen den Verwaltungen und Projekte münden in einem landesweiten Austausch. Durch begleitende Spracherwerbsangebote für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können zusätzliche interkulturelle Kompetenzen gestärkt und die Zusammenarbeit dadurch verbessert werden.

Erfolgsfaktoren Effizientere Nutzung von personellen, zeitlichen und finanziellen Ressourcen.

Ziel **Grenz- und themenüberschreitende Partizipation**

Zielgruppe Alle Bewohner der Euregios zwischen Deutschland und den Beneluxländern sowie NRW und der Benelux-Union

Umsetzung Die Bürgerinnen und Bürger sollen durch partizipative Formate an Entscheidungen der Euregios, zu denen deutsche Bundesländer und die Beneluxländer gehören, beteiligt werden, wodurch die Demokratie und das Demokratieempfinden gestärkt werden sollen. Ebenso sollen Beteiligungsformate für Themen zwischen NRW und der Benelux-Union. Durch eine transparente Kommunikation in Form einer Dialog- und Streitkultur soll die Motivation der Menschen in Bezug auf die Demokratie wieder gesteigert werden. Online-Plattformen bieten Möglichkeiten zum Austausch und Beteiligungsbeauftragte sind Ansprechpartner/innen für Bürgerinnen und Bürger als Schnittstelle zur Politik.

Erfolgsfaktoren Erhöhte Beteiligung an politischen Entscheidungen der Euregios und der Benelux-Union. Steigerung des zwischenmenschlichen Zusammenhalts.

Grenzüberschreitende Öffentlichkeitsarbeit und Nutzung von Medien

Ziel **Einrichtung eines gemeinsamen Onlineportals für Benelux und NRW**

Zielgruppe	Bürgerinnen und Bürger in grenznahen und grenzfernen Regionen
Umsetzung	Um Bürgerinnen und Bürger besser über Themen und Projekte in NRW und Benelux zu informieren, soll ein gemeinsames Online-Portal mit grenzüberschreitender Datenbank eingerichtet werden, welches von Bürgerinnen und Bürgern, Schulen, Akteuren und Institutionen genutzt und befüllt werden kann. Das Onlineportal könnte wie ein Wiki aufgebaut mit Beiträgen in verschiedenen Sprachen und Möglichkeiten zu Verlinkung aufgebaut werden. Dies dient dem direkten medialen Austausch und fördert die Bildung von neuen Netzwerken. Gefördert werden sollte die Einrichtung der Plattform durch öffentliche Mittel.
Erfolgsfaktoren	Kommunikation von bestehenden und geplanten Projekten in den Grenzregionen und darüber hinaus. 60% der Menschen in den Grenzregionen kennen das Portal und 40% nutzen dieses regelmäßig. Gewinnung von Online- und Offline-Multiplikatorinnen und Multiplikatoren.

Ziel **Einrichtung einer Kulturreihe „Grenzenloses“ Feiern**

Zielgruppe	Bürgerinnen und Bürger aus NRW und den Nachbarländern aller Altersgruppen sowie Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene
Umsetzung	Umsetzung einer Kulturreihe „Grenzenloses“ Feiern in grenznahen und grenzfernen Regionen. Um den Bekanntheitsgrad der Veranstaltungen zu forcieren werden zusätzlich zu lokalen auch prominente Künstlerinnen und Künstler eingeladen. Durch die Einbindung von bekannten zivilgesellschaftlichen Akteuren werden lokale und europäische Themen in den Regionen positioniert und schaffen Anreize für die Besucherinnen und Besucher.
Erfolgsfaktoren	Die Veranstaltungsreihe sollte einen universalen Auftritt haben, zur Steigerung der Bekanntheit und zur Positionierung der Marke. Die erfolgreiche Einbindung von Partnerstädten bietet Möglichkeiten die Veranstaltungsreihe auch in den benachbarten Grenzregionen zu etablieren.